Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. :: Bezugspreis Mk. 3.30 vierteljährl., Mk. 1.10 monatl.; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr Mk. 3.30, im sonstig. inländ. Verkehr Mk. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gack. Fernsprecher 33.

Jahrgang 53 | Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99 | Montag, den 14. Juli 1919 | Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 109 | Nr. 153

Tagesschau.

Die Daily Mail meldet aus Brüssel, daß die belgische Königin, die eine geborene Prinzessin von Bayern ist, dem ehemaligen König von Bayern ein Asyl in Belgien angeboten hat.

*

Aus Paris wird gemeldet, daß die französische Regierung nach der Ratifizierung des Friedensvertrages von Deutschland 300 000 Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich anfordern wird.

*

In Erwartung der Blockadeaufhebung hat der Preis für viele Lebens- und Genußmittel im rechtsrheinischen Gebiet einen starken Rückgang erfahren, auch das Angebot ist sehr groß. In Düsseldorf bezahlt man heute für ein Liter Oel nur noch 18 Mark, für Schinken das Pfund Mk. 9.—, für Kaffee Mk. 14.— bis 16.— und für Schokolade Mk. 24.—.

*

Der gutunterrichtete und Lloyd George nahestehende Manchester Guardian rechnet mit der Möglichkeit, daß der Plan des Prozesses gegen den ehemaligen Deutschen Kaiser infolge der Bedenken einiger Blätter, ganz fallen gelassen wird.

*

Eine Meldung aus England erklärt, daß der Großadmiral von Tirpitz vor das Kriegsgericht gestellt werden soll, um sich wegen der Mitschuld am Unterseebootskrieg zu verantworten. Das Kriegsgericht soll die Genehmigung erhalten haben, gegen Tirpitz das Todesurteil zu verhängen.

*

In den Gerichten, daß der badische Bahnhof in Basel in der Zeit zwischen dem 15. und 23. d. M. dem Verkehr übergeben werden würde, wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß zwar Verhandlungen darüber schweben, aber die amtliche Zusage der Schweizer Regierung bisher noch nicht eingetroffen sei, sodaß mit einem weiteren Hinausschieben des Termins gerechnet werden müsse.

Entwurf eines Grundwechselsteuergesetzes.

Der Entwurf eines Grundwechselsteuergesetzes sieht die Befreiung des Grundstückshandels von Erschwerungen und Belastungen vor, die dadurch entstanden sind, daß zurzeit neben der Reichsstempelabgabe Stempelsteuern der Bundesstaaten und Grundstücksumsatzsteuern der Gemeinden und Gemeindeverbände bestehen. Der neue Entwurf zieht die verschiedenen Abgaben zu einer einheitlichen zusammen, an der dann die gegenwärtigen Steuergläubiger verhältnismäßig beteiligt werden sollen.

Der Entwurf bringt dem Grundstückshandel eine weitere wichtige Erleichterung: beim Erwerb eines Grundstücks in der Zwangsversteigerung durch einen beteiligten Hypotheken-, Grundschuld-, Rentenschuld- oder Reallastgläubiger kann auf Antrag des Steuerschuldners die Erhebung der Steuer auf den Teil des gemeinen Wertes des Grundstücks oder des Meistgebots beschränkt werden, der den Gesamtbetrag der Hypotheken- usw. Forderung und der dieser vorgehenden gleichartigen Forderungen übersteigt. Allerdings ist hierfür Voraussetzung, daß der Erwerb des Grundstücks zur Rettung der Hypothek erfolgte. Auch darf kein Anhalt bestehen, daß der Erwerber sich die Hypothek zur Ersparung von Abgaben bei dem beabsichtigten Erwerbe des Grundstücks habe bestellen oder abtreten lassen. Sie muß auch dem Erwerber bereits seit einem Jahre vor der ersten Beschlagnahme des Grundstücks zustehen. Schließlich ist Bedingung, daß das Meistgebot oder der Gesamtbetrag der Hypothekenforderung des Erwerbers und der dieser vorangehenden Forderungen mindestens 80 v. H. des gemeinen Wertes des Grundstücks beträgt.

Diese Bestimmungen bedeuten also eine Begünstigung solcher Hypothekengläubiger, die in der Zwangsversteigerung ein Grundstück erwerben, um ihre Forderungen zu retten.

Die Grundwechselsteuer, die beim Eigentumübergang erhoben wird, beträgt 4 v. H. des gemeinen Wertes des Grundstücks. Ist der Veräußerungspreis höher als der gemeine Wert, so tritt er an die Stelle des gemeinen Wertes. Es hat sich gezeigt, daß Grundstücksübertragungen in immer wachsendem Umfange eintraten, und es ist bekannt, daß es sich dabei vielfach um spekulative Käufe mit Rücksicht auf die zu erwartende Konjunktur nach Friedensschluß, insbesondere auf die Wiederaufnahme des Baugeschäfts, handelt, und daß in weitem Maße auch Leute, die unmittelbar oder mittelbar durch den Krieg große Gewinne erzielt haben, zum Erwerb von Grundstücken, insbesondere von Landgütern, schreiten. Hier ist eine Steuer ganz am Platze.

Die Grundwechselsteuer wird auch erhoben, wenn bei gebundenen inländischen Grundstücken (Fideikommissen usw.) oder bei Grundstücken, die im Eigentum von Aktiengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, Anstalten oder Stiftungen stehen, 20 Jahre seit dem letzten steuerpflichtigen Besitzwechsel oder dem letztmaligen Eintritt der Steuerpflicht nach dieser Vorschrift verflossen sind. Die Steuer soll aber in diesen Fällen (Besteuerung der „Toten Hand") nicht 4 sondern 2 v. H. betragen. Hingegen erhöht sich die Steuer auf 6 v. H., wenn innerhalb von 3 Jahren, von dem Zeitpunkt des Erwerbs an gerechnet, ein Teil eines eine wirtschaftliche Einheit bildenden Grundstücks auf Grund planmäßigen Vorgehens, das auf völlige oder teilweise Zerschlagung der wirtschaftlichen Einheit gerichtet ist, weiter veräußert wird. Diese Vorschrift bedeutet eine Erhöhung der Steuer bei Parzellierungen. Sie ist von besonderer Wichtigkeit auf dem Lande, um den Güterschlächtern entgegenzuwirken.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, die bei Abfindung ihrer militärischen Bezüge auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes Grundstücke erwerben, sind nach näherer Bestimmung des Staatenausschusses von der Steuer befreit.

Von dem Ertrag der Grundwechselsteuer soll das Reich die Hälfte und bei Besteuerung der „Toten Hand" drei Viertel erhalten. Ueber die Verwendung des verbleibenden Teiles, insbesondere über seine völlige oder teilweise Ueberweisung an die Gemeinden (Gemeindeverbände) soll die Landesregierung Bestimmung treffen. Die Bundesstaaten sowie mit Genehmigung der Landesregierung die Gemeinden und Gemeindeverbände können zu der Steuer Zuschläge erheben. Die Zuschläge dürfen sich aber nicht auf die Besteuerung der „Toten Hand" erstrecken und zusammen für Bundesstaat, Gemeinde und Gemeindeverband nicht mehr als 2 v. H. betragen.

Der Ertrag der Grundwechselsteuer wird auf rund 226 Millionen Mark geschätzt, wovon dem Reiche 114 Millionen Mark zufließen würden, während die bisherige Abgabe auf Grund des Reichsstempelgesetzes im Durchschnitt der letzten 4 Friedensjahre 40 Millionen Mark erbrachte. In den nächsten Jahren nach Friedensschluß wird man allerdings wohl nicht mit diesen Zahlen rechnen können. Eine Schätzung für diese nächsten Jahre ist bei der Unsicherheit der Verhältnisse ausgeschlossen.

Neues vom Tage.

Reichszuschuß oder Brotpreiserhöhung?

Weimar, 11. Juli. Der VI. Ausschuß für Volkswirtschaft beschäftigte sich heute mit einer Vorlage der Regierung betreffend Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Danach soll u. a. ein Höchstpreis für Roggen von 400 bis 415 Mk. die Tonne festgesetzt werden. Die Preise für Oelfrüchte werden ebenfalls eine Erhöhung erfahren. Ernährungsminister Schmidt erklärte, die Erhöhung der Brotration wäre ein Mittel, den Schleichhandel in den Hintergrund zu drängen. Wenn der Ernteertrag dieses Jahr im Hinblick auf die abgetretenen Gebiete auf 85 % des Vorjahrs geschätzt werde, so entstehe ein Fehlbetrag von rund 1 270 000 Tonnen. Dieser Betrag wäre durch Einfuhr zu decken. Die Kosten für ausländisches Mehl sind aber so hoch, daß entweder eine außerordentliche Erhöhung des Brotpreises eintreten oder ein Reichszuschuß bereitgestellt werden müsse. Ausländisches Mehl kostet 1900 Mk. die Tonne, einheimisches jedoch nur 450. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Brotpreises handelt es sich etwa um 5 Pfg. pro Kopf und Tag. Sollte die vorgeschlagene Preiserhöhung vom Reich getragen werden, so müßten rund 968 Millionen Mk. aufgebracht werden. Die landwirtschaftlichen Produktionskosten hätten sich bedeutend erhöht. Unsere Getreide- und Brotpreise sind die billigsten der Welt und sind weit hinter der Kurspreissteigerung zurückgeblieben. Die Oeffentlichkeit müsse begreifen, daß man der Landwirtschaft ihre Aufwendungen bezahlen müsse, damit sie weiter bestehen kann. Würde man die Bewirtschaftung freigeben, so würden viel höhere Konjunkturpreise in Erscheinung treten. Nachdem zwei große Parteien ihre Bedenken gegen sofortige Preiserhöhung geltend gemacht haben, könne vielleicht ein Mittelweg beschritten werden, dadurch, daß dem Ernährungsamt das Recht auf Erlaß einer Preisnotverordnung gegeben werde und es den Auftrag erhalte, mit dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen einzutreten über einen Reichszuschuß.

Zur Volksabstimmung in Schlesien.

Berlin, 11. Juli. Nach der „B. Z." erklärte der Führer der Unabhängigen in Gleiwitz in einer Versammlung, bei der bevorstehenden Volksabstimmung müsse der Kampf gegen die Polen gelten. Jeder, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, habe sich zu besinnen, daß er Deutscher sei und deutscher Kultur und Gesittung alles verdanke.

Deutsch-Böhmen und Tschechen.

Wien, 11. Juli. Die deutsch-böhmische Landesregierung hat an den Staatskanzler Renner in St. Germain gebrahtet, daß die amtlichen Angaben der tschecho-slowakischen Regierung über das Ergebnis der neuen Gemeindewahlen zeigten, daß in ganz Böhmen das Zahlenverhältnis der Tschechen zu den Deutschen gleich 2:1 ist, wie bei der Volkszählung von 1910; ferner, daß unter den 2½ Millionen Einwohnern von Deutsch-Böhmen nur 135 000 Tschechen sind, d. h. nur 7½ % der Bevölkerung, daß also Deutsch-Böhmen ein geschlossenes, einsprachiges deutsches Siedelungsgebiet ist. Die Landesregierung bittet daher Renner, daß er die von den Tschechoslowaken falsch unterrichteten Ententeregierungen über das wahre Ergebnis der Gemeindewahlen aufkläre.

Ein bolschewistischer Angriff im Herbst?

Wien, 11. Juli. Einem Berichterstatter der „N. Fr. Pr." antwortete der tschecho-slowakische Oberkommandierende, General Pelle, auf die Frage, welchen Zweck die tschecho-slowakischen Rüstungen haben: Für den Herbst werde ein allgemeiner Bolschewistenangriff vorbereitet. Würde Wien oder Prag dem Bolschewismus verfallen, so würde dieser seinen Weg nach Deutschland und Westeuropa nehmen. Bei einem Angriff auf Oesterreich würden große Vorräte an Werten und Banknoten, sowie Munitionsfabriken den ungarischen Bolschewisten zur Beute werden und deren Macht bedeutend stärken. Gegen diese Gefahr gelte es gerüstet zu sein.

Tschechenputsch in Wien.

Berlin, 11. Juli. Aus Wien wird der „Voss. Zeitung" berichtet: Gestern erschienen im Wiener Arsenal fünf Personen, darunter drei tschechische Offiziere, und boten Vertretern des Arbeiterrats, die das Arsenal verwalten, eine große Geldsumme für die Auslieferung von Waffen im Wert von 2½ Millionen an. Die Mitglieder des Arbeiterrats lehnten ab und versperrten die Zimmertür. Die Offiziere begannen nun aus ihren Revolvern zu schießen. Dadurch wurde die Arbeiterwehr des Arsenals alarmiert. Als sie in das Zimmer eindrang, fand sie zwei Arbeiterräte tot am Boden liegen. Die Offiziere sprangen zum Fenster hinaus. Einer blieb schwer verletzt liegen, zwei wurden gefangen genommen. Bei den Offizieren wurden Geldbeträge von über eine Million Kronen gefunden.

Von der Friedenskonferenz.

Versailles, 11. Juli. Die Ueberreichung des Friedensvertrages an die österreichische Abordnung hat sich wiederum verzögert. Sie kann frühestens am Mittwoch erfolgen.

Die verbündeten Regierungen haben die bulgarische Regierung aufgefordert, zum 25. Juli eine Friedensabordnung nach Enghien-les-Bains zu entsenden.

Uebergabe der Bestätigung.

Versailles, 11. Juli. Der deutsche Bevollmächtigte v. Lersner überreichte gestern vormittag 11 Uhr dem französischen Oberst Henry die amtliche Urkunde über die Bestätigung des Friedensvertrags durch die Nationalversammlung. Der amerikanische Oberst House überbrachte das Schriftstück sofort dem Minister des Aeußern. Lersner übergab ferner eine Note, die um baldigste Aufhebung der Blockade und Freilassung der Kriegsgefangenen ersucht.

Der Friedensvertrag in der franz. Kammer.

Paris, 11. Juli. Die Friedenskommission der Kammer wird am Freitag Clemenceau anhören. Am Samstag wird sie Pichon über den Völkerbund anhören. Man glaubt, daß sie es der Kammer ermöglichen wird, den Vertrag anfangs August zu prüfen. Clemenceau wird der Kommission die Protokolle der Friedensverhandlungen mitteilen. Die Kommission wird zu Geheimhaltung verpflichtet sein.

Untersuchung des Zwischenfalls in Fiume.

Paris, 11. Juli. Der Oberste Rat der Friedenskonferenz wird eine Kommission nach Fiume senden, um den dortigen Zwischenfall zu untersuchen.

Angriff auf Petersburg.

Paris, 11. Juli. Der Fünferrat hat den Plan, daß der russische Admiral Koltschak gemeinsam mit den finnischen Truppen Petersburg angreife, gebilligt.

Der Generalstreik in Frankreich.

Paris, 11. Juli. Dem „Echo de Paris" zufolge, befürchtet man in Gewerkschaftskreisen, daß der Generalstreik am 21. Juli einen Mißerfolg bringen werde. Die Eisenbahner seien der politischen Führer satt, nachdem sie den achtstündigen Arbeitstag und die Lohnerhöhung erreicht haben. Die Regierung beabsichtigt die unter der Fahne stehenden und die demobilisierten Eisenbahner, welche sich am Streik beteiligen, der Militärbehörde zur Einziehung oder Bestrafung zur Verfügung zu stellen.

Paris, 11. Juli. Die Kellner und Angestellten der Cafés, Gasthäuser und Restaurants haben den Generalstreik beschlossen, der von heute ab in Kraft tritt. Sie verlangen u. a. den Achtstundentag.

London, 11. Juli. „Daily Telegraph" meldet, an dem Generalstreik am 21. Juli werden sich die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Eisenbahner, die Post- und Telegraphenangestellten, die Bau-, Metall-, Hafen- und Bergarbeiter in Frankreich, Elsaß-Lothringen, Tunis und Algier beteiligen, um gegen die Teuerung und die Regierungspolitik zu protestieren.

Vermögens-Beschlagnahme.

London, 11. Juli. Nach den „Central News" hat die Regierung das in England befindliche Vermögen des Königs Ferdinand von Bulgarien im Betrag von 8 Millionen Mark beschlagnahmt.

Das englische Ausländergesetz.

London, 11. Juli. (Unterhaus.) Der Ausschuß für das Ausländergesetz hat eine Bestimmung in den Entwurf aufgenommen, wodurch die Beschäftigung von Ausländern auf 10 Prozent beschränkt wird. Die Bestimmung ist von der Vertragsverpflichtung abhängig.

Die englischen Vorzugszölle.

Amsterdam, 11. Juli. Bei Beratung des Finanzgesetzes im englischen Unterhaus schlug Chamberlain einen Zusatz vor, der das Recht gibt, die Reichsvorzugszölle auf jedes Gebiet auszudehnen, in dem ein Teil des britischen Reichs Mandatar des Völkerbunds ist, vorausgesetzt, daß die Bestimmungen des Mandats diese Ausdehnung gestatten. Der Zusatz wurde mit 194 gegen 58 Stimmen, die Vorlage über die Reichsvorzugszölle mit 271 gegen 52 Stimmen angenommen.

Gespannte Lage in Italien.

Bern, 11. Juli. Die italienischen Blätter berichten, daß die vertraulichen Mitteilungen des Ministers Tittoni an die Parteiführer der Kammer wenig erfreulich gewesen seien. Von den Verhandlungen in Paris sei nichts Günstiges für Italien mehr zu erwarten. Italien sei auf sich selbst gestellt.

Der Generalstreik in Rom ist nach der „B. Z." durch einen Vergleich beigelegt. Die Warenpreise werden auf die Hälfte herabgesetzt. Eine gemischte Kommission wird die Durchführung der Abmachungen überwachen.

Frauenwahlrecht in Holland.

Haag, 11. Juli. Die Erste Kammer hat mit 34 gegen 5 Stimmen die Vorlage Marhand auf Einführung des Frauenwahlrechts angenommen.

Abrüstung der Amerikaner.

Haag, 11. Juli. Hollands Nieuwes Büro meldet aus Neuyork: Von den 4 000 000 Soldaten, die sich zur Zeit des Waffenstillstands noch unter den Waffen befanden, sind bereits über 3000 000 entlassen. Am 1. Juli waren in Europa noch 419 000 Mann.

Letzte Nachrichten.

Die Reichsregierung und die Planwirtschaft.

Berlin, 11. Juli. Ueber die Haltung des Kabinetts in der Frage der freien oder gebundenen Wirtschaft melden die heutigen Abendblätter: Vorläufig ist die Wiedereinführung der schrankenlosen freien Wirtschaft nicht beabsichtigt. Anderseits will man die deutsche Volkswirtschaft nicht nach einem bestimmten System regeln. Das Kabinett wünscht nicht, noch einen weiteren Schritt auf dem Gebiet der Zwangswirtschaft zu machen. Sobald die Blockade aufgehoben wird, wird sich eine Reihe kriegswirtschaftlicher Maßnahmen nicht mehr aufrecht erhalten lassen. Tatsache ist, daß der Personalkredit zur Beschaffung von Rohstoffen aus dem Ausland vielfach erheblich freier und vorteilhafter arbeiten konnte, als es im Rahmen einer gebundenen Wirtschaftsform möglich wäre. Auf der anderen Seite hat sich ergeben, daß in verschiedenen Zweigen, Tabak usw., der reine Personalkredit nicht ausreicht. Hier wird die Kreditfähigkeit durch Zusammenschluß der Fabrikanten und durch staatliche Mitwirkung erhöht werden müssen. Es ist also unmöglich, nach einem starren System zu handeln. Nur allgemeine Richtlinien wird man aufstellen können. Luxuswaren wird man nach Möglichkeit für die Einfuhr ausscheiden, hingegen insbesondere die Bedürfnisse der Minderbemittelten in Textil- und Lederwaren bei dem großen Notstand auf diesen Gebieten sofort zu decken suchen. Es sollen keinerlei Wirtschaftsgrundsätze durchgeführt werden, welche die Sozialisierung erschweren könnten. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde aber gerade die Planwirtschaft u. a. auch deshalb abgelehnt, weil sie unsoziales enthält.

Die Vereinigungsverhandlungen gescheitert.

Dresden, 11. Juli. Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Volkskammerfraktion mit der Unabhängigenfraktion wegen der Neubildung der sächsischen Regierung sind resultatlos verlaufen. Die Unabhängigen stellten für ihre Beteiligung an der Regierung drei Bedingungen: Gleichheit bei der Besetzung der Ministerposten; Einführung des Rätesystems; Bildung eines Arbeiterrats — also ein gewisses Nebenparlament. Die sozialdemokratische Fraktion glaubt auf diese Bedingung nicht eingehen zu können. Auch die demokratische Fraktion legt keinen besonderen Wert mehr auf den Eintritt einiger ihrer Mitglieder in die Regierung. So wird die jetzige Mehrheitssozialistische Regierung am Ruder bleiben. Im Laufe des Monats August werden jedoch die Besprechungen der Parteien behufs Umbildung der Regierung von neuem aufgenommen werden.

Die Aufhebung der Blockade.

London, 11. Juli. Das Reutersche Bureau erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehört haben wird, in dem die Dokumente, die die Ratifikation des Friedensvertrags bestätigen, den verbündeten Mächten in Paris förmlich zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß des Friedensvertrags mit den anderen kriegführenden Mächten. Die Aufhebung der Blockade wird notwendig zur Folge haben, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

Geständiger Mörder.

Halle a. S., 11. Juli. Der wegen Ermordung des Oberstleutnants von Rüber zum Tod verurteilte Kriegsinvalide Otto Bauer hat im Gefängnis die Tat eingestanden.

Wiederaufnahme des Handels.

München, 11. Juli. Ueber die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen mit Italien fanden dieser Tage in München Besprechungen statt. Wie die „Deutsche Tageszeitung" meldet, soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald in Rom eine deutsche Handelsabteilung und in Berlin eine italienische Handelsabteilung bei den diplomatischen Vertretungen errichtet werden.

Die Selbständigkeit Oberschlesiens.

Berlin, 11. Juli. Die Frage größerer Selbständigkeit Oberschlesiens ist, wie verschiedene Morgenblätter melden, durch eine Verständigung erledigt worden. Die von Zentrumsseite vorgebrachten und vom Oberschlesischen Volksrat befürworteten Wünsche sollen dahin berücksichtigt werden, daß auf Vorschlag des Staatskommissars durch die Zentralregierungen im Einvernehmen mit dem Regierungspräsidenten ein Oberschlesischer Beirat berufen werde. In ganz Preußen solle die provinzielle Selbstverwaltung erweitert werden. Insbesondere sollen bestimmte Kultur- und Sprachenfragen den Provinzen zur freien Regelung überlassen bleiben. Vielleicht soll auch aus Oberschlesien eine selbständige Provinz gemacht werden. Die Verwirklichung aller dieser Punkte ist aber hinausgeschoben bis nach Vollzug der Volksabstimmung und Abschluß der Ententebesetzung.

Sozialistische Regierung in Sachsen.

Dresden, 11. Juli. Die Demokraten werden voraussichtlich nicht in die Regierung eintreten. Es dürfte zu einer Einigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien kommen, die zusammen über die Mehrheit in der Kammer verfügen.

Sie fahren wieder.

Dresden, 11. Juli. Zu letzter Stunde ist der Streik im Kohlenrevier beigelegt worden, sodaß der sächsische Bahnverkehr aufrechterhalten werden kann. (Der Lärm war also verfrüht. D. Schr.)

Die Umtriebe in der Pfalz.

Berlin, 11. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Ztg." meldet: Die Loslösungsbestrebungen in der Pfalz sind jetzt in ein neues Fahrwasser gekommen und gehen über die früheren Ziele hinaus. Neuerdings wird mit dem Gedanken gespielt, aus der Pfalz ein vollkommen selbständiges Staatswesen ohne jeden Zusammenhang mit Deutschland zu machen, das unmittelbar dem Völkerbund unterstellt werden soll.

Ankunft der Deutschen aus Amerika.

Rotterdam, 11. Juli. Der Dampfer „Martha Washington" ist mit Deutschen aus Amerika an Bord und zwar 780 Männern, 71 Frauen und 47 Kindern, in Rotterdam eingetroffen. Der Dampfer „Prinzeß Matoika" wird am 17. Juli weitere Deutsche bringen.

Der Wiederaufbau.

London, 11. Juli. Die „Times" meldet, Frankreich verlange zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich von Deutschland 300 000 Arbeiter.

Die deutschen Guthaben in Italien freigegeben.

Mailand, 11. Juli. Der „Secolo" meldet: Ein königliches Dekret hebt die Beschlagnahme der deutschen Guthaben in Italien auf, vorbehaltlich der Gegenleistung durch Deutschland.

Baden.

(-) **Karlsruhe,** 11. Juli. Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hatte einen Unterausschuß eingesetzt, um an den Forderungen für Neubauten, wie sie im fünften Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918—19 vorgesehen sind, noch wesentliche Abstriche vornehmen zu können. Diese Sparabsicht ist erreicht worden und gestern nachmittag wurde im Haushaltsausschuß der Bericht des Unterausschusses erstattet. In den Bereich der Sparsamkeit waren gezogen die Amtsgerichtsgebäude in Eberbach und Bretzach, die Klinikbauten für die Universitäten Freiburg und Heidelberg, die Ingenieurabteilung der Techn. Hochschule in Karlsruhe und der Gymnasiumneubau in Lahr. In Lahr soll statt des humanistischen Gymnasiums ein Realgymnasium mit Oberrealschule errichtet werden. Durch die Ausführung des Regierungsvorschlags können 800 000 Mk. erspart werden. Die Vorschläge des Unterausschusses wurden gutgeheißen. — Zum Punkte: Zusammenlegung der Landessammlungen im Karlsruher Schloß wurde mitgeteilt, daß es unmöglich ist, das Schloß zu kleineren Wohnungen einzurichten und umzubauen. Es werden deshalb die zusammengehörenden Bestände der Sammlungen für Altertums- und Völkerkunde und des Kunstgewerbemuseums im Schloß untergebracht. Dazu soll der Westflügel dienen, während der Ostflügel, in welchem sich die sog. Prunkräume befinden, später der öffentlichen Besichtigung vorbehalten bleibt.

(-) **Karlsruhe,** 11. Juli. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die badische Regierung ihre Zustimmung erklärt, daß am 15. Juli die Uebernahme der freiwilligen badischen Formation in die Reichswehr und somit die endgültige Aufstellung der badischen Reichswehrbrigade (XIV) erfolgt. Mit diesem Tage tritt das Reichswehrbrigadekommando XIV als Kommandobehörde für alle freiwilligen Formationen des badischen Volksheers und aller badischen Reichsformationen in Kraft. Mit der Führung der badischen Reichswehrbrigade wurde vorläufig General von Pfeil beauftragt.

(-) **Karlsruhe,** 11. Juli. Die Wahlen zur evangl. Generalsynode sind auf den 28. September angesetzt worden.

(-) **Karlsruhe,** 11. Juli. Wie man hört, sind für den Intendantenposten am Karlsruher Landestheater gegen 200 Bewerbungen eingegangen.

(-) **Kehl,** 11. Juli. An den Brückenübergängen nach dem Elsaß wird augenblicklich laut „Lahr. Ztg." von den franz. Behörden den Briefkontrolle in der strengsten Weise ausgeübt. Nicht ein Drittel der Post werde an die Adressaten ausgeliefert. Je nach dem Inhalt der Karten und Briefe werden die Empfänger scharf kontrolliert. — Wie nachträglich bekannt wird, fand in Straßburg am 30. Juni anläßlich der Annahme der Friedensbedingungen ein Fackelzug statt. Die Stadt war reichlich beflaggt, das Publikum habe sich jedoch ziemlich teilnahmslos verhalten.

(-) **Von der Enz,** 11. Juli. (Der Riesenschwindel.) Der geheimnisvolle Vorfall in Neustadt (Baden), bei dem der Pforzheimer Bijouteriefabrikant Röck von einem Schwindler namens Rombach um 900 000 Mk. geprellt wurde, wird jetzt etwas geklärt. Es heißt jetzt, dem Röck sei von Rombach Platin angeboten worden, das in den Pforzheimer Fabriken gesucht und sehr teuer ist. Röck sei mit noch zwei Herren nach Neustadt gefahren, um das Platin zu übernehmen. Rombach habe sich das Geld voraus geben lassen und gesagt, er wolle das Geld in der Nähe holen. Er sei aber alsbald mit einem Auto davongefahren und habe den Pforzheimern das Nachsehen gelassen. Es scheint, daß die Pforzheimer Herren gegen Rombach ungeheuer unvorsichtig waren. Mehrere 100 000 Mk., die bei Banken, Sparkassen und Privatpersonen hinterlegt waren, sind wieder beigeschafft worden.

(-) **Karlsruhe,** 11. Juli. Eine 6köpfige Verbrechergesellschaft nahm die Anklagebank des hiesigen Schwurgerichts ein. Die Angeklagten hatten mehrere Pforzheimer Goldwarenfabrikanten in ein hiesiges Hotel gelockt unter dem Vorwand, sie hätten eine große Menge Gold zu verkaufen. Während der Kaufverhandlungen traten einige der Angeklagten in das Hotelzimmer ein, gaben sich als Kriminalbeamte aus und beschlagnahmten die Reisetaschen der Pforzheimer Goldwarenfabrikanten mit 131 000 Mk. Papiergeld, das die Räuber dann unter sich verteilten. Die Hauptbeteiligten, der 33 Jahre alte Schieferdecker Raimund und der Schlosser Wägel erhielten drei Jahre Gefängnis, der Nieter Schürmann zwei Jahre Gefängnis, der Werkzeugmacher Beck ein Jahr Gefängnis und die anderen mehrere Monate Gefängnisstrafen.

(-) **Mannheim,** 11. Juli. In einem Eisenbahnzug von Heidelberg nach Mannheim ließ ein Herr aus Eberbach ein Paket mit einem Inhalte von 27 000 Mk. in 50 Mark-Scheinen liegen. Das Geld wurde zweifellos gefunden und unterschlagen.

(-) **Freiburg,** 11. Juli. Der bekannte demokratische Abgeordnete Universitätsprofessor Dr. von Schulze Gaevernitz, Mitglied der Deutschen National-Versammlung, hat einen Ruf als Nachfolger Sombarts an die Handelshochschule in Berlin erhalten.

(-) **Zell** i. W., 11. Juli. Die Wiesentalbahn hat nunmehr fast durchgehend elektrische Betriebsweise. Nur zwei Durchgangszüge über Schönau hinaus führen noch Dampflokomotiven.

(-) **Zell** i. W., 11. Juli. Die Kirschenernte ist in zahlreichen Gemeinden des Wiesentals sehr gut ausgefallen. Einzelne Gemeinden verzeichnen eine Kirschenernte wie seit Jahren nicht mehr.

(-) **Büsingen** bei Radolfzell, 11. Juli. An der badisch-schweizerischen Grenze wurde ein in Schaffhausen wohnhafter Schmuggler, als er Rauch-Waren über die Grenze bringen wollte, von der schweizerischen Grenzwache erschossen.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 11. Juli. (Finanzausschuß.) In der heutigen Vormittagssitzung des Finanzausschusses wurden die Steuervorschläge in Beratung genommen. Finanzminister Liesching bemerkte u. a.: Das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich auf dem Steuergebiet werde immer verhängnisvoller. Es werde nun vom Reich bereits der Vorschlag erwogen, daß die Einzelstaaten nur mehr Zuschläge zu den Einkommensteuern erheben dürfen. Die Finanzierung und Verwaltung der Steuern käme dann in die Hände des Reichs. Bereits sei eine Reichsabgabeverordnung in Arbeit, wenigstens für die Reichssteuern. In der neuen Verfassung des Reichs sei die Verwaltung der Zölle und der Verbrauchssteuern schon an das Reich übergegangen. Dann sei es mit einer selbständigen Steuerverwaltung zu Ende. Sobald die Verkehrsanstalten an das Reich kommen, werden wohl auch die Einkommensteuern mitgehen. Das Württ. Staatsministerium werde sich gegen jede überstürzte Beseitigung der Selbständigkeit der Einzelstaaten auf dem Steuergebiet und gegen übertriebene unitarische Bestrebungen wenden. Berlin sei nicht geeignet, der Mittelpunkt für ein starkes Deutschland zu sein. Es wurde dann in die Beratung der Einkommensteuererhöhung eingetreten. Der Entwurf schlägt einen Zuschlag zu den Einheitssätzen bei natürlichen Personen bis zu 500, bei Aktiengesellschaften bis zu 600 Prozent vor. Ein Antrag der Sozialdemokratie (Winker und Gen.) läßt die persönlichen Einkommen bis zur Höhe von 1700 Mk. von der Einkommensteuer frei; es wird dann die Einkommensteuer von 1700 bis 4550 Mk. in der Höhe der bisherigen Einheitssätze besteuert und bei den höheren Einkommen steigt die Steuer nur allmählich, so daß sie z. B. bei Einkommen von 15—20 000 Mk. noch 80 Proz. weniger beträgt als nach dem Regierungsvorschlag; dagegen würde die Steuer bei einem Einkommen von 300 000 Mk. und mehr 1000 Proz. (statt 500 Proz.) erreichen. Dieser Vorschlag fand nach keiner Seite Zustimmung. Der Finanzminister machte darauf aufmerksam, daß bei diesem Vorschlag die höchsten Einkommen vollständig weggesteuert würden. Ein Antrag des Zentrums (Graf u. Gen.) vermindert die rasche Steigerung in den unteren Stufen, bringt also eine mäßige Entlastung der mittleren Einkommen, wofür dann die höheren Einkommen eine geringere weitere Belastung erfahren. Der Höchstsatz wird schon bei 200 000 Mk. Einkommen erreicht.

(-) **Zuffenhausen,** 11. Juli. (Der Hagelschaden.) Zur Abschätzung des Hagelschlags in den hiesigen Weinbergen weilte eine Kommission hier. Es wurden 4 Hektar mit 30 Prozent, 7 Hektar mit 60 Prozent, 11 Hektar mit 90 bis 100 Prozent und 1 Hektar mit 10 Prozent Verheerung beobachtet.

(-) **Vaihingen** a. E., 11. Juli. (In den Ruhestand.) Oberamtspfleger Hilt ist in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger ist Schultheiß Gommel von Ertingen.

(-) **Metzingen,** 11. Juli. (Diebstahl.) In dem Neckarkieswerk Oferdingen sind kurz nacheinander zwei Motoren gestohlen worden, wodurch der ganze Betrieb stillgelegt ist und das Geschäft einen Schaden von etwa 10 000 Mark erleidet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

(-) **Massenbachhausen,** OA. Brackenheim, 11. Juli. (Einbruch.) In der Nacht wurde in den Keller der hiesigen Zigarrenfabrik Hochherr eingebrochen und 130 Pfund besserer Tabak und dazu einige Lebensmittel, die dem Werkführer gehörten, entwendet.

(-) **Ehningen** i. Gäu, 11. Juli. (Einbrecher.) Die hiesige Einwohnerschaft ist in nicht geringer Aufregung. In zwei Tagen wurden nicht weniger als fünf Einbruchdiebstähle verübt. Der Verbrecher ist man noch nicht habhaft geworden.

(-) **Waldstetten,** OA. Gmünd, 11. Juli. (Tragisches Ende.) Der 27 Jahre alte Landjäger Franz Herkommer von hier, der in Wangen i. A. seit einem Jahr stationiert war, ist bei der Verfolgung eines Diebes in einen See geraten. Beide, Landjäger und Dieb, haben an einer sumpfigen Stelle den Tod gefunden. Herkommer hat den ganzen Feldzug mitgemacht.

(-) **Macbach** an der Lauter, 11. Juli. (Württ. Pferdezucht.) In Anwesenheit des Ernährungsministers Baumann und des Präsidenten von Sting, des Vorstands der Zentralstelle für die Landwirtschaft, wurde vor einiger Zeit auf dem hiesigen Gestütshof die 25. Württ. Pferdezuchtkonferenz abgehalten. Nach eingehender Aussprache erklärte man sich auf Anraten des Landoberstallmeisters von Pentz mit dem bisherigen Zuchtziel einverstanden, ebenso mit der Erhaltung des Landgestüts und der Fohlenaufzuchtsanstalt nach dem jetzigen Stand. Mit dem Ankauf von kaltblütigen Hengstfohlen zu Zwecken der Aufzucht will man einen Versuch machen und die Frage der Uebernahme der Kaltbluthengsthaltung auf das Landgestüt prüfen. Endlich soll die Einführung von Pinzgauer Hengsten in Aussicht genommen werden.

(-) **Ellwangen,** 12. Juli. (Kohlenmangel.) Wegen Kohlenmangels muß das Ueberlandwerk Jagstkreis A.-G. in Ellwangen die Stromlieferung erheblich einschränken.

(-) **Ellwangen,** 10. Juli. (Bestrafte Kirchenräuber.) Der 24jährige ledige Zapfer Ludw. Heinrich von Obersontheim, OA. Gaildorf, der 21jährige Schreiner Georg Kehl und dessen 19jähriger Bruder, der Maschinenarbeiter Wilhelm Kehl aus Hinterruhlberg, OA. Crailheim, verabredeten von Stuttgart aus einen Raubzug in die Bergkirche in Hohenberg (Gde. Rosenberg, OA. Ellwangen). In der Nacht zum 15. Mai sprengten sie die Kirchentüre und raubten drei wertvolle Kelche, die sie in Pforzheim verkaufen wollten. Dabei wurden sie festgenommen. Heinrich und Wilhelm Kehl wurden nun von der Strafkammer zu 2½ Jahren, Georg Kehl zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und je 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

(-) **Aichschieß,** 11. Juli. (Kirschendieb.) Ein frecher Bursche hat einen Kirschenbaum umgesägt, um die Kirschen besser vom Baum pflücken zu können. Dem Besitzer dürfte nach den heutigen Preisen ein Schaden von etwa 1000 Mark entstanden sein.

(-) **Schramberg,** 11. Juli. (Aus Italien.) Dieser Tage ist bei einer hiesigen Firma die erste Warenbestellung aus Italien eingelaufen.

(-) **Schwenningen,** 11. Juli. (Arbeiterferien.) Die hiesigen Uhrenarbeiter wollen am Montag in den Ausstand treten, wenn ihnen von den Unternehmern die wiederholt verlangten jährlichen Ferien unter Fortbezahlung des Lohns nicht bewilligt werden. Der Verband der Uhrenindustriellen erklärt, die Regelung sei in diesem Jahre nicht mehr möglich; seit Einführung der 48 Stundenwoche sei überdies unter Einrechnung der Sonn- und Feiertage jeder vierte Tag arbeitsfrei gewesen.

Explosion. In der Umgebung von St. Loup an der Vogesen flog ein Munitionslager in die Luft. Zwei deutsche Kriegsgefangene wurden getötet und 12 schwer verwundet.

Kein Tabakmonopol. Im Tabaksteuerausschuß der Nationalversammlung erklärte Reichsfinanzminister Erzberger, die vielen Schwierigkeiten, namentlich auch die hohen Abfindungssummen an die Tabakindustrie, lassen die Einführung des Tabakmonopols als unmöglich erscheinen. Das Monopol würde auch keine so hohen Erträge haben, wie die neue Tabaksteuer.

Vermischtes.

Die neuen Reichen in England.

„Während wir im letzten halben Jahr laut über den Frieden gestritten haben, ist eine stille Revolution, die Aeußeres und Inneres unseres nationalen Lebens völlig verändert, unbemerkt vor sich gegangen." Mit diesen Worten beginnt ein Aufsatz der „Daily Mail", in dem die Umschichtung in den Gesellschaftsklassen Englands besprochen wird. „Der Grundbesitz und die großen Häuser Englands gehen aus einer Hand in die andere über. Die Klasse, die durch viele Geschlechter die Fackel des Wohlstands und der Kultur vorantrug, ist allmählich aus ihrem Besitz gedrängt worden. Große Ländereien und prachtvolle Paläste werden versteigert und den Meistbietenden zugeschlagen. Und mit ihnen strömen in ihre Hände die Juwelen, die Gemälde, die kostbaren Möbel und die herrlichen Bücher, die der schönste Schmuck dieser Paläste waren. Tag um Tag geht der Ausverkauf lustiger vor sich. Mit unbedachter Lustigkeit stecken die neuen Reichen die alten Schätze in ihre Taschen. Und so wenig haben fünf Jahre Krieg die Taschen zu leeren vermocht, daß diese Glücklichen immer höhere Preise zahlen, je stärker die Nachfrage wird. Die Märkte von London und Paris stehen der ganzen Welt offen, und durch eine seltsame Ironie finden wir, wo wir eine Weltarmut erwarteten, die sorgloseste Verschwendung der wohlgefülltesten Geldsäcke . . Gewiß ist es traurig, unser Land von all seinen Juwelen, den wirklichen und den künstlerischen, entblößt zu sehen. Aber noch ein größeres Unglück ist der Verkauf des Landbesitzes, ausgenommen, wenn er die Zahl der kleinen Besitzer vergrößert und dadurch den besten Handel der Welt ermutigt, das Pflügen des Ackers. Aber nur zum kleinsten Teile sind es kleine Besitzer, die Land erwerben, sondern die großen Güter wechseln ihre Herren, und der kostbare Boden kommt in den Besitz von Menschen, die nicht wissen, daß das Land ihnen auch Pflichten auferlegt, und die aus dem Boden nur, wie aus ihren Fabriken, einen möglichst großen und leicht zu verdienenden Nutzen ziehen wollen. Die Grundbesitzer Englands, wie wir sie in früheren Zeiten gekannt haben, betrachteten ihren Besitz nicht als bloße Quelle des Nutzens. Sie fühlten sich eins mit ihren Pächtern, deren Verluste sie teilten und an deren Gewinnen sie einen mäßigen Anteil nahmen. Aber der Krieg hat seine Arbeit verrichtet, und die Klasse, die ohne Zögern ihre Jugend für die Sache des Vaterlandes opferte, sieht sich nun gezwungen, nicht nur den aufgestapelten Reichtum der Bibliotheken und Gemäldegalerien zu veräußern, sondern auch auf den Grund und Boden zu verzichten, den sie, zum größten Teil, mit Klugheit und Anstand verwaltet hat. Alle, die nicht blind sind, müssen die Bedeutung dieser plötzlichen Veränderung erkennen. Ein Mann kann die Pflichten eines Großgrundbesitzers nicht in einem Jahr oder in einer Generation lernen. Der Besitzwechsel, von dem wir täglich hören, bedeutet also nicht eine weitere Zerstreuung des Reichtums oder des Landes, er bedeutet vielmehr die Ersetzung einer Klasse durch die andere. Dieser Wechsel, der in unserer Geschichte schon öfters stattgefunden hat, war stets mit höheren Preisen und schlechterer Bewirtschaftung verknüpft".

Ein neues Reichs-Wappen zu den neuen Reichs-Farben. Wie die „Familiengeschichtlichen Blätter" mitteilen, hat der bekannte Heraldiker Dr. Kekule von Stradonitz einen Vorschlag für das Wappen des neuen Freistaats Deutschland gemacht, wobei er sich von der Absicht leiten ließ, Landesfarben und Wappen in Einklang zu bringen, letzteres von allem unnatürlichen Beiwerk zu befreien, um ein wahrhaft volkstümliches, schlichtes und gerade darum stolzes Wahrzeichen der Staatshoheit zu schaffen. Vorgeschlagen wird ein einköpfiger, ungekrönter, rot bewehrter, schwarzer Adler in goldenem Schild. Aus dem tief in der Volksseele verwurzelten Bedürfnis nach einem solchen Staatshoheitszeichen haben sich alle neuzeitlichen Freistaaten Staatswappen geschaffen, die leider meist weder den ästhetischen noch den wissenschaftlichen Anforderungen des Wappenwesens genügen. Diese Fehler vermeidet der Vorschlag Kekules.

Brot- und Fettkarte im alten Rom. Wenn man glaubt, daß die Lebensmittelkarten eine Errungenschaft des Weltkriegs sind, so irrt man sich. Bereits im alten Rom, sogar vor Christi Geburt, kannte man ihre Verwendung. Tiberius Gracchus schuf ein Korngesetz, das den Staat verpflichtete, jedem „empfangsberechtigten" Bürger Getreide zu einem festen Preis zu geben und zwar monatlich fünf Scheffel, das sind 43,75 Liter, den „Modius" — 8,75 Liter zu 6½ Aß = 60 Pfennig. Caesar hat 320 000 „empfangsberechtigte" Bürger vorgefunden; er verminderte ihre Zahl auf 150 000; Augustus erhöhte sie auf 300 000. 19 Millionen Mark nach dem heutigen Gelde mußte der Staat jährlich für ihre Versorgung ausgeben. Jeder empfangsberechtigte Bürger bekam eine Bronzemarke und außerdem zur Kontrolle bei der Abholung eine Marke aus Blei, auf die er das Korn erhielt; diese Münzen entsprechen also ziemlich genau unserer heutigen Brotmarke, zumal unter Kaiser Aurelian, der die Kornverteilung in eine solche von Brot umwandelte. Auch die Fettkarte kannte man: Kaiser Severus gliederte an die Ausgabe von Korn noch eine Oelverteilung, die auch mittels Lebensmittelmünzen gehandhabt wurde. Daraus geht hervor, daß unsere modernen Maßnahmen häufig durchaus nicht neu sind, sondern auf uralte Einrichtungen zurückweisen.

Die Erinnerungsmarken. Die Abgeordneten Weidtmann und Rießer haben in der Nationalversammlung eine Anfrage wegen der geschmacklosen Nationalversammlungs-Erinnerungsmarken eingebracht. Die Anfrage dürfte wertlos sein, da bereits alte Marken gedruckt sind.

Millionenschiebung. Zwei Unterhändler namens Weinberg und Gregor, die Offiziersrang hatten und beauftragt waren, der Reichsvertretungsstelle in Berlin aus Polen mehrere hundert Eisenbahnwagen Holz zuzuführen, sind in Suwalki verhaftet worden. Sie hatten die der Heeresverwaltung gehörenden Holzvorräte im Wert von einigen Millionen an Händler in Königsberg und Insterburg verkauft und das Geld eingesteckt.

Explosion. In der Berliner Kunstfeuerwerkerei von Deichmann u. Co. bei Weißensee entzündete sich durch Nachlässigkeit eine große Anzahl für die Heeresverwaltung bestimmter Explosivstoffe. Zwei Häuser flogen in die Luft. Drei Personen wurden getötet und mehrere verletzt.

Brand. Auf dem Güterbahnhof in Bebra (Hessen-Nassau) sind mehrere Güterschuppen und viele Eisenbahnwagen verbrannt. Der Gesamtschaden wird auf 125 Millionen Mark geschätzt. Es sind hauptsächlich Lebensmittel in dieser Weise verbrannt, die für Süddeutschland bestimmt waren.

— **Fettzulage.** Im Monat Juli wird eine einmalige Zulage von 200 Gramm ausländischen Speisefetts verteilt werden.

— **Von der Kohlenversorgung.** Bei einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium wurde festgestellt, daß die Lage in der Kohlenversorgung äußerst ernst ist. Die Eisenbahnen und die Gaswerke haben bisher in diesem Jahr im Gegensatz zum Vorjahr keinerlei Bestände für den Winter ansammeln können, und auch für den Hausbrand ist die Heranschaffung von Wintervorräten noch nicht möglich gewesen. Die Folgen des gewaltigen Rückgangs der Förderung und der Streiks in den Kohlengebieten und im Verkehrswesen werden darum erst im kommenden Winter in ihrer vollen Schwere auf dem deutschen Volke lasten, zumal die Aussichten auf eine erhebliche Steigerung der Förderung gering sind. Hinzu kommt, daß der Friedensvertrag die Lieferung riesiger Kohlenmengen an den Verband vorsieht. Wir haben also für den Winter zu erwarten: in Stadt und Land eine bedeutend schlechtere Hausbrandbelieferung als im Vorjahre, bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gas- und Elektrizitätswerke, Verringerung der Zufuhren an die Industrie in einem Maß, das einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Erzeugung selbst wichtiger Industrien unvermeidlich erscheinen läßt.

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. di Sebregondi.

Nachdruck verboten.

„Wohl, Mama, ich will dir gehorchen, — aber es wird vergebens sein. Ich kann die Lage, worin ich versetzt werde, nicht anders auffassen, als einen an mir verübten grausamen Zwang."

„Hättest du, was ich so sehr und so vergeblich gewünscht habe, eine durchaus französische Erziehung erhalten, so würdest du wissen, daß es Sache der Eltern ist, den Gatten für die Tochter zu wählen, Pflicht der Tochter, den Gemahl aus den Händen der Eltern anzunehmen. Leider besteht diese gute Sitte in Deutschland nicht."

„Glaubst du nicht, Mama, daß dieser gerühmte Brauch aufhört, ein guter zu sein, wenn die Eltern eine unpassende Wahl treffen?"

„Du denkst, das sei unser Fall. Du könntest aber dir selbst sagen, daß du irrst. Unterliegen doch auch wir einem Zwange, den zu bekämpfen, wie dein Papa zu seinem Schmerze erfahren hat, Tollkühnheit wäre."

„Du sagst, daß Rudolph Fräulein Lange gern hat?"

„Willst du damit sagen, daß ihr Bruder dir mißfalle?"

„Nein, ich schätze ihn sogar. Zum Gemahl aber wünsche ich mir den, wenn auch guten und tüchtigen Bürgerlichen nicht!"

„Du wirst doch — du wirst doch nicht schon eine Neigung zu einem anderen hegen?"

„Nein, Mama, wie wäre das möglich! Außer den wenigen Herren, denen ich flüchtig begegnet bin, kenne ich nur Papa und Rudolph, und — du hast Offenheit verlangt — ich gestehe, daß Franz Lange es wohl mit jenen aufnehmen kann."

„Ah, sei so gut, teures Kind! Sträube dich nicht gegen das Gebot der Notwendigkeit, dem du dich nicht entziehen kannst, ohne uns alle zu verderben."

„Es empört mich," flüsterte Leonore mit brennender Wange und sprühendem Blick, „daß der Mann, der um mich wirbt, meine Hand wie das Opfer von meinen Eltern entgegennimmt. Das ist ein Mangel an Edelmut, ja ein Beweis von Selbstsucht, deren ich ihn kaum für fähig gehalten hätte."

„Du selbst, meine Tochter," sprach Frau von Bonndorf in einem Tone, der zwischen Unwillen und Kummer zu schwanken schien, „rechtfertigst heute die Erwartungen nicht, zu denen das Zeugnis meiner teuren Schwester mich bei deinem Abschiede von ihr berechtigte. Sie rühmte dir verständige Ueberlegung, feste Selbstbeherrschung nach. Heute, wo ich dich, Gott weiß, mit welch schwerem Herzen, bitten muß, dein Teil der Last zu tragen, die ein bitteres Verhängnis uns allen auferlegt, höre ich nur Klagen von deinen Lippen, übereilte Schlüsse und ungerechte Urteile."

„Es tut mir leid, Mama, deinen Unwillen erregt zu haben. Worin fehlte ich denn so sehr?"

„In deinem harten Urteile über den Referendar von Lange. Er hat keinen mangelnden Edelmut, keine Eigensucht verraten dir gegenüber — er konnte es nicht. Zur Stunde noch ahnt er nicht, daß du für ihn bestimmt bist. Franz von Lange liebt dich und wird zu glücklich sein, wenn er seine Neigung, die er für hoffnungslos hielt, von Erfolg gekrönt sieht, als daß er den Ursachen seines Glückes viel nachforschen sollte. Ich hoffe das ernstlich. Denn ihn, der mich von Anfang an interessierte, kenne ich genug, um überzeugt zu sein, daß, wenn er die Sachlage ahnte, er alle unsere Abmachungen in Frage stellen würde."

„Er würde dafür nicht zu tadeln sein. Warum aber, da du so besorgt bist, sein Gefühl zu schonen, gute Mama, hast du nicht auch mir die arglose Unbefangenheit gewahrt, die einem jungen Mädchen doch teurer und wertvoller ist als selbst dem zartfühlendsten Manne?" Nicht ohne Bitterkeit fragte dies Leonore.

„Hätte ich das wagen können, Leonore? Wie würdest du eine Annäherung des jungen Lange aufgenommen haben, wenn du nicht wüßtest, daß wir, deine Eltern, Gründe haben, sie zu gestatten? . . . Du hättest einen kecken, einen aufdringlichen Menschen in ihm gesehen, den du kaum nachdrücklich genug in die ihm gebührenden Schranken zurückweisen könntest! Und wir sind nicht in der Lage, den Sohn des Landrichters ungestraft beleidigen zu dürfen."

„Da das so zu sein scheint, so sage mir nur das eine, Mama: was ist es, das uns diesem — diesem anmaßenden Manne — das ist der Landrichter Lange — so an Leib und Seele gefesselt in die Hände liefert? . . . Soll ich mich binden lassen, ohne den Grund zu kennen, der mich der Freiheit beraubt?"

„Forsche nicht, Leonore. Häufig ist Nichtwissen ein Segen — Wissen ein Fluch. Dein Vater hat mir gestanden, daß die Vergangenheit seines Hauses ein geheimes Schrecknis birgt, zu abstoßend, als daß er es vor dem reinen Auge einer Frau enthüllen könne. Ich habe nicht danach verlangt, den Schleier zu lüften, hinter dem die Häßlichkeit einer bösen, vielleicht einer verbrecherischen Handlung lauert. Forsche dem finsteren Geheimnis nicht nach, das nicht zu kennen wahrscheinlich eine Wohltat für uns ist. Beuge dich, gleich deinem Bruder, unter die Hand des Schicksals, das mächtiger ist, als du und alle die Deinen sind."

Leonore antwortete nicht sogleich. Sie heftete einen ernsten, nachdenklichen Blick auf das blasse Gesicht ihrer Mutter, das so starr, so kalt erschien, während die sonst so lieblich sanften Augen fieberhaft glänzten. Und erschüttert sagte Leonore sich, daß es peinlicher für die Mutter sei, ein solches Opfer zu verlangen, als für sie, es zu bringen. Sofort stand der Entschluß in ihr fest, der teuren Frau die Prüfung, die sie so bitter empfand, nach Kräften zu erleichtern.

— **Keine Verteuerung von Eisen und Stahl.** Der rheinisch-westfälische Stahlwerksverband beschloß, trotz der tatsächlichen Erzeugungsverluste keine Preiserhöhung vorzunehmen, in der Erwartung, daß mit dem Abbau der Lebensmittelpreise auch die Arbeitslöhne zurückgehen werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Oberamt Neuenbürg.

Bekanntmachung, betreffend Verkehr mit Butter.

Vom 16. Mai ds. Js. ab gelangte ein neuer Plan über Erfassung und Verteilung der Frischmilch im diesj. Oberamtsbezirk zur Ausführung.

Die Butter für die Versorgungsberechtigten beinahe sämtlicher Gemeinden (auch der Ueberschußgemeinden, Liefergemeinden von Milch) wird künftig von der Landesversorgungsstelle aus andern Kommunalverbandsbezirken geliefert, damit die notwendige restlose Erfassung der aufzubringenden Frischmilch ausschließlich in unserem eigenen Bezirk (ohne Belieferung von Milch aus anderen Bezirken) möglich ist.

(Es wird daher streng davor gewarnt, Butter auf andere als auf die gesetzliche Weise zu veräußern oder zu erwerben.

Der Kuhhalter darf nur zur Verwendung im eigenen Haushalt so viel Butter herstellen, als ihm nach Erfüllung der Ablieferungspflicht in Frischmilch für den Eigenverbrauch verbleibt. Jede Veräußerung von Butter direkt an den Verbraucher ist streng verboten, gegebenenfalls wird die Schließung der Zentrifuge verfügt.

Der Versorgungsberechtigte darf Butter nur gegen die Buttermarken von den örtlichen Lebensmittelstellen beziehen; jeder weitere Aufkauf von Butter beim Kuhhalter oder Schleichhändler schädigt die öffentliche Milchversorgung und wird strafrechtlich verfolgt.

Jede Beförderung von Butter, Butter- und Schweineschmalz von einer Ortschaft zur andern ist Herstellern, Händlern und Verbrauchern nur mit Genehmigung der Landesversorgungsstelle gestattet.

Zur Beförderung von Butter, Butter- und Schweineschmalz zwischen Ortschaften desselben Bezirks genügt ein Ausweis des Oberamts.

Jeder, der mit Butter oder Speisefett angetroffen wird, ist auf Verlangen zu wahrheitsgetreuen Anzeigen und Auskünften an die Beauftragten der Landesversorgungsstelle, des Kommunalverbandes, der Gemeinden und der Polizeibehörden verpflichtet.

Die bei Ausübung der Ueberwachung vorgefundenen Waren, bezüglich deren ein vorschriftswidriges Verhalten anzunehmen ist, werden von den Beamten abgenommen und nach Anweisung der Landesversorgungsstelle bezw. des Kommunalverbandes oder der Gemeinde der ordnungsmäßigen Verwendung zugeführt.

Zuwiderhandlungen gegen obige und gegen die allgemeinen Vorschriften der Verfügung des Ministeriums des Innern über Speisefette und Fettverteilung vom 2. Mai 1917 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden ersucht, diese Vorschriften auf ortsübliche Weise bekannt zu geben, außerdem auf dem Rathaus anzuschlagen und auf diesen Anschlag hinzuweisen.

Die Verfügung des Ministeriums des Innern über Speisefette, Fettverteilung im Großen und Fettverteilung im Kleinhandel vom 2. 5. 1917 Staatsanzeiger Nr. 104 ist zur öffentlichen Einsicht auf dem Rathaus aufzulegen.

Neuenbürg, den 4. Juli 1919. Bullinger.

Veröffentlicht:
Außerdem wird auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.
Wildbad, den 11. Juli 1919.
Stadtschultheißenamt: Baetzner.

Kräuter-Käse.

Es wird bei den Kaufleuten bei denen man sich für das Fett hat einschreiben lassen, auch noch **20 gr Kräuterkäse** abgegeben.

Brotkartenabgabe.

Die Abgabe der Brot- und Butterkarten für die zweite Hälfte des Monats findet am **Dienstag**, den 15. ds. Mts. statt.

Uebernachtungstabellen

sowie die **grünen Gastmarken** sind am **15. Juli** abzugeben.

Fleischbezugscheine.

Die Fleischmarken der Hotels und Pensionen müssen längstens jede Woche bis Dienstag auf dem Lebensmittelamt abgeliefert werden.

Die Fleischbezugscheine werden jeden Freitag, nachm. von 2—6 Uhr ebenfalls auf dem Lebensmittelamt ausgegeben.

Stadt. Lebensmittelamt: Kappelmann. **Arbeiterrat:** Schlüter.

Geschäftsverlegung.

Meiner verehrlichen Kundschaft teile ich höflichst mit, daß sich mein Geschäft jetzt

Hauptstraße im früheren Diakonissenhaus

befindet und bitte um weitere Berücksichtigung.

Theod. Hammer,
Ofensetzer.

Mädchen-Gesuch!

Für sofort werden gesucht

1 Servierfräulein,
1 Zimmermädchen,
1 Officemädchen.

Angebote unter **Nr. 118** an die Exped. ds. Bl. erbeten.

Calmbach.

Bekanntmachung.

Die **Brotkartenabgabe** findet am **Dienstag vormittag** von 8—12 Uhr in folgender Reihenfolge statt:

in Zimmer Nr. 1

Nr. 1—100 von 8—9¼ Uhr
„ 101—200 „ 9¼—10½ Uhr
„ 201—330 „ ½11—12 Uhr

in Zimmer Nr. 2

Nr. 331—400 von 8—¾9 Uhr
„ 401—500 „ ¾9—10 Uhr
„ 501—600 „ 10—11 Uhr
„ 601—Schluß „ 11—12 Uhr.

Gleichzeitig mit der Kartenabgabe wird Süßstoff abgegeben. Es erhalten Familien von 1 bis einschl. 4 Personen 1 Packet, Familien von 5 und mehr Personen 2 Packete à 25 Pfg. Geld ist mitzubringen.

Diejenigen Familien die laut Feststellung der Aufnahmekommission keine Kartoffeln mehr haben, erhalten pro Kopf 1400 Gr. Brotmehl auf die zur Ausgabe kommende abgestempelte Aushilfsmarke II.

Den 14. Juli 1919.

Nahrungsmittelamt Calmbach:
Schultheiß Hörnle.

Calmbach, den 14. Juli 1919.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Großvater, Schwiegervater und Urgroßvater

Wilhelm Neumann,
Privatier,

Samstag Vormittag nach kurzem Leiden im Alter von 89½ Jahren durch den Tod erlöst wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Wilh. Neumann, Bäckermstr.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 2 Uhr statt.

Aluminium-Geschirre.

70% leichter als andere Geschirre — 50% Ersparnis an Brennmaterial

Omelettpfannen Durchm. 24 cm	. . Mk.	13.50
Bräter, oval m. Deckel Durchm. 34 cm	„	39.50
„ „ „ „ „ 28	„ „	28.—
„ rund ohne „ „ 24	„ „	22.—
„ „ „ „ 20	„ „	18.50
Waffeleisen für Gas- u. Kohlenfeuerung		33.50

Fritz Krauß, Eisenwaren
Hauptstraße 148 — Wildbad.

Die Meggendorfer-Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie

Vierteljährl. 13 Nrn. nur Mk. 4.—, bei direkt. Zusendg. wöchentl. vom Verlag Mk. 4.50, durch ein Postamt Mk. 4.20.

Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Am besten unterrichtet über den Inhalt ein Probeband, der 5 Nummern enthält und bei jeder Buchhandlung nur Mark 1.20 kostet. Gegen weitere 20 Pfennig für Porto auch direkt vom Verlag, München, Perusastrasse 5 zu beziehen

---

Ihr und Ihrinnen dazu

den wirklich vorzüglichen Kunstmost, wie er aus

Steigerwald's Kunstmost-Ansatz
„Im Konservenglas"
bereitet wird.

Ein Liter kostet nur 14—16 Pfennig.

Dieser vollmundige Apfelmostersatz befriedigt jeden Kenner. **Steigerwald's Kunstmost-Ansatz** ist in Packungen für 50, 100 und 150 Liter Getränk **mit oder ohne Süßstoff** überall zu haben. Auf Wunsch weisen Bezugsquellen nach:

J. Steigerwald & Comp., Heilbronn a. N.

Verloren!

Am **Sonntag, den 13. Juli 1919** ging auf dem Wege vom Sommerberg bis Sprunghügel eine

Brillantbrosche

verloren. — Der freundl. Finder wolle den Gegenstand gegen eine Belohnung von — **100 Mark** — im Sommerberghotel abgeben.

Mitglieder-Versammlung

Montag, den 14. Juli 1919, abends ½8 Uhr im Lokal zum „Badischen Hof".

Tagesordnung:
1) Die Politik unserer Partei und der U. S. P.
2) Verschiedenes.

Genossen und Genossinnen erscheint vollzählig.

Sozialdemokratische Partei Wildbad.

Rucksäcke

aus Segeltuch mit Lederragriemen.

Koffer-, Hand- u. Reisetaschen
in solider Ausführung
— empfiehlt —
E. Hagenlocher, Sattlermeister.

Medic. Drogerie

Grundn. Nachf. Gebr. Schmit

Apotheker-Waren

Verbandstoffe aller Art
Gummi-Waren
Nähr- u. Kräftigungmittel
Drogen u. Chemikalien
Mineral-Wässer

Ein Mädchen

wird für leichte Arbeiten sofort gesucht
Wildbader Verlagsdruckerei.

Auskünfte über Inserate

im „**Enztalboten**" wollen telefonisch **nur unter Nr. 33 — mündlich nur im Laden Hauptstraße 99** oder in der **Druckerei** gemacht werden. Zugleich bemerken wir, daß bei Annoncen unter „**Angebote oder Offerten**" eine Auskunft **nicht** gegeben wird.

Der Verlag.

Deutsche demokratische Partei

Wildbad.
Heute Abend ½9 Uhr
Ausschußsitzung
im Gasthaus zur Silberburg.

Keine Leuchtnot mehr!
Lampen-Oel
für Petroleumlampen,
blendend weißes Licht, empfiehlt
Wilh. Schlüter.

Verloren

am Samstag nachmittag eine

goldene Brosche

Da liebes Andenken, wird Finder dringend geb., dieselbe gegen gute Belohnung unt. Nr. 127 in d. Exp. d. Bl. abzugeben.

Für sofort od. 1. August wird ein

tüchtiges Mädchen gesucht. Hoher Lohn.
Hermann Großmann,
Delikatessengeschäft.

Eine

2-3 Zimmerwohnung

wird für kleine Familie auf **1. Oktober zu mieten gesucht.** — Angebote unter Nr. 113 an d. Exp. ds. Bl.

Wasserkraft,
5—10 PS, mit
Wohnung
zu pachten gesucht.
Späterer Kauf nicht ausgeschl.
JOH. ERHARDT
Nürnberg-Doos
Konradstrasse 13.

Ein freistehendes

Closet

mit Wasserspülung
hat zu **verkaufen**
E. Reinhard

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw